

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zutrugen.
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingelandszeile od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: H. A. Kunzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunzsch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegrotto Altenberg 11

Nr. 81.

Sonnabend, den 13. Juli 1929.

64. Jahrg.

Der Landtag arbeitet auf.

Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes.

Am Mittwoch wurde die Beratung von Etatkapiteln fortgesetzt. Beim Kapitel Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wurde das Gehalt des Ministers gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten bewilligt. Beim Kapitel Frauenkliniken Dresden und Chemnitz und Kreisstrankenspital Zwickau wurden die von der Regierung vorgeschlagenen Streichungen der Mittel für die Frauenkliniken in Plauen und Chemnitz wieder aufgehoben, und zwar weil mit den Linksparteien die Nationalsozialisten und die Aufwärtler stimmten. Infolgedessen sind nun als erste Rate für den Bau einer Frauenklinik in Plauen 500 000 Mark und für einen Erweiterungsbau der Frauenklinik in Chemnitz ebenfalls 500 000 Mark eingelegt.

Beim Kapitel Erziehungsanstalten

Kam es zu einer scharfen Kontroverse zwischen den Sozialdemokraten und dem Finanzminister Weber. Der Abg. Wehle (Sozdem.) begründete einen Antrag für Bewilligung von einer Million Mark für ein Blindenheim und erklärte dazu, der Finanzminister werde nun wahrscheinlich wieder seine alte Walze über die Finanznot aufziehen. Finanzminister Weber verbat sich diese Tonart aufs entschiedenste. Die von dem Abg. Wehle vertretene Auffassung der Sozialdemokratie offenbare eine niedrige Finanzgegnung. Er müsse sich auch verbitten, daß seine Beamten im Ausschuß ähnlichen Angriffen ausgelegt seien.

Zu stürmischen Auftritten

Kam es bei der Beratung des Kapitels Volkshilfungsministerium, als es sich um die Bewilligung von Mitteln für die Förderung der Betriebsräteschulen handelte. Hier gerieten wieder die Sozialdemokraten und Kommunisten scharf gegeneinander. Bemerkenswert ist die Abstimmung über die Forderung, 120 000 Mark für die Förderung der Betriebsräteschulen einzulegen. Hier stimmten die Nationalsozialisten und die Volkspartei mit Ausnahme der Abgeordneten Frucht, Lippe, Lunge und Huhn mit den Linksparteien, wodurch dieser Punkt gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Demokraten angenommen wurde.

Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung erfolgte die Wahl des Zwischenausschusses gemäß Artikel 23 der Verfassung. Die vom Gesamtministerium in der Zeit zwischen der Auflösung des vorigen und dem Zusammentritt des neuen Landtages erlassenen Notverordnungen über die Grundsteuer und die Verteilung des Landesanteils an der Kraftfahrzeugsteuer wurden genehmigt. Die Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten dagegen.

Beim Kapitel Ministerium des Innern gab es eine interessant begründete Abstimmung.

Die Nationalsozialisten stimmten mit den Rechten gegen die beantragte Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes.

Als die Kommunisten in lauter Weise ihre Verwunderung darüber ausdrückten, rief ein Nationalsozialist ihnen zu, das sei die Quittung dafür, daß die Kommunisten sich nicht bereit gezeigt hätten, sich für die Begnadigung der Fememörder einzusetzen. Im übrigen wurde das Kapitel nach den Einstellungen genehmigt und das Gehalt des Ministers gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt. Zu den Anfragen der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten über die Zahlung der Beamten- und Angestelltenbezüge vor Fälligkeit während desurlaubes erklärte die Regierung, sie sei nicht in der Lage, diesmal die für die vorzeitige Zahlung der Gehälter nötigen Mittel zu beschaffen.

Eine längere Aussprache entspann sich wieder zum Kapitel Polizei,

mit dem eine kommunistische Anfrage wegen der Ausweisungen behandelt wurde. Die Regierung erklärte, Ausweisungen erfolgten nur, wenn sie nicht als Härte anzusehen seien. Die Kommunisten lehnten alle Einstellungen für die Polizei ab. Die Sozialdemokraten brachten ihr Mißtrauen gegen den „lappoverdächtigen“ Innenminister zum Ausdruck, dem es wahrscheinlich nicht gelingen

werde, die Polizei zu einem republikanischen Instrument zu machen. Die Einstellungen wurden genehmigt und von den Entschließungsanträgen mit Hilfe der Nationalsozialisten auch der angenommen, die politische Polizei aufzulösen.

Lange geredet wurde auch zum Kapitel

Ministerium der Justiz.

Neues trat jedoch nicht zutage. In der Abstimmung wird zuerst das Gehalt des Justizministers gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt. Beim Kapitel selbst finden die Mehrheitsanträge Annahme. Von den Entschließungen werden angenommen die Wünsche auf Erweiterungsbauten und Stellenvermehrungen. Das Kapitel Technische Hochschule zu Dresden wird ohne Aussprache angenommen.

Beim Kapitel Universität Leipzig werden die durch einen Antrag Neu geforderten 500 000 Mark als erste Rate für ein zu errichtendes Studentenhaus abgelehnt. Beim Kapitel Pädagogisches Institut zu Leipzig werden für den Neubau des Instituts Leipzig die verlangten 100 000 Mark unter Ablehnung höherer Forderungen bewilligt.

Bei der Beratung des Kapitels Staatstheater gab Abg. Siegert (Dnat.) den Bericht über die Ausschußverhandlungen. Der Spielplan dürfe nicht auf einzelne Stars aufgebaut werden. Der Hauptwert müsse auf ein einheitliches Ensemble und auf eine völlige Hingabe an das Kunstwerk gelegt werden. Nötig sei eine Umorganisation. Man müsse die Staatstheater aus der politischen Atmosphäre herausnehmen und sie auf das rein sachliche Gebiet führen.

Bericht über die Freitagssitzung auf der dritten Hauptblatt-Seite.

Vor der politischen Reparationskonferenz.

Briand für die Vereinigten Staaten von Europa.

Die Berichte, die von einer Konferenz zur Vorbereitung der Vereinigten Staaten von Europa wissen wollen, finden nunmehr ihre Bestätigung durch Auslassungen des „Deuore“, dem man gute Beziehungen zum Außenminister Briand nachsagt. Das Blatt schreibt: Am dem Tage, an dem Briand Österreich warnte, in Deutschland aufzugehen, waren seine Pläne bereits fertig, Europa zusammenzuschließen. Er wollte es zuerst wirtschaftlich und dann politisch dazu bringen, sich seiner für sich selbst und nicht gegen jedermann — gemeint ist Amerika — bewußt zu werden. Zur Verwirklichung dieses seines alten Traumes schickt sich Briand jetzt an. Zu dem großen Plan, der besonders die Anschließ- und Minderheitenfrage beseitigen soll, hat Briand zahlreiche günstige Meinungsäußerungen aller im Völkerbund vertretenen Mächte erhalten, so daß er hofft, seinen Plan im September der Völkerbundsversammlung in großen Zügen unterbreiten zu können. Gegen Ende des Jahres soll dann eine Konferenz stattfinden, die die erste Grundlage für eine europäische Organisation schaffen soll.

Das „Echo de Paris“, das ebenfalls von einer derartigen Initiative Briands im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa spricht, übt an einem solchen Plane auffallend scharfe Kritik. Das Blatt begründet Briands Absichten folgendermaßen: Briand sieht die Schwierigkeiten seiner Politik von Locarno und Thoisy herannahen, zuerst die Räumung, dann eine große Offensive gegen das französische Heer (Abrüstung) und gegen die Verbündeten Frankreichs in Mittel- und Osteuropa unter dem Vorwande des Minderheitenrechtes. Zur Beschwörung so vieler Gefahren kann Briand nicht einmal auf die Unterstützung Englands rechnen. Was wir gezwungen sein werden, in Ausführung der von Briand unterschriebenen Verpflichtungen nachzugeben, wird er als ein Opfer, das den edlen Idealen gebracht wird, bezeichnen.

Deutschland entsendet Jahresreferenten unter Führung des Reichszanglers.

Wie verlautet, hat das Reichskabinett in den letzten Tagen auch eine Entscheidung darüber gefällt, welche Persönlichkeiten in die im Young-Plan vorgesehenen Organi-

sationsausschüsse entsandt werden sollen. Da es sich vorwiegend um die Ausarbeitung eingehender Entwürfe über bestimmte technische Fragen handelt, ist anzunehmen, daß die Jahresreferenten der beteiligten Ministerien, also des Reichswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes, den Hauptteil der Arbeiten übernehmen werden.

Ursprünglich war eine Teilnahme des Reichszanglers an der politischen Reparationskonferenz nicht vorgesehen, weil man annahm, daß die Konferenz schon Mitte Juli beginnen werde. Nun aber hat sich der Zustand des Kanzlers in Bad Mergentheim soweit gebessert, daß seiner Teilnahme an der Konferenz, die am 6. August beginnen wird, nichts im Wege steht. In Anbetracht dessen, daß auch alle anderen Mächte durch die Regierungschefs vertreten sein werden, wird auch Reichszangler Müller die Führung der deutschen Delegation übernehmen.

Poincaré Frankreichs Konferenz-Vertreter.

Die französische Regierung hat die Mitglieder ihrer Delegation für die internationale Regierungskonferenz offiziell ernannt. Es sind Ministerpräsident Poincaré, Außenminister Briand und Finanzminister Chéron. Außerdem gehören der Delegation noch an der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Philippe Berthelot.

England bereitet die Räumung vor. — Frankreich erweitert die Kasernen!

Der englische Kriegsminister bestätigte im Unterhaus, daß die diesjährigen Manöver der britischen Rheinlandarmee abgesetzt wurden. Aber den Termin der Räumung äußerte sich der Minister nicht. Es ist aber bekannt, daß die englische Besatzungsbehörde den bei ihr beschäftigten deutschen Zivilangestellten zum 1. September gekündigt hat. Der Räumungstermin liegt jedoch wahrscheinlich in der Nähe der Weihnachtszeit. Man nimmt an, daß, wenn die Franzosen Schwierigkeiten machen sollten, England auf eigene Faust handeln wird.

Im Gegensatz zu den Engländern, die den Abzug vorbereiten, plant die französische Besatzungsbehörde in Germersheim den Ausbau einiger Kasernen! Offenbar hängt dieser Plan damit zusammen, daß Frankreich nach der Räumung der zweiten Zone die dritte noch eine Zeit besetzt halten und dort Teile der jetzt in der zweiten Zone liegenden Truppen unterbringen müßte.

Im Zeichen der Dzeanflüge

Ankunft des „Pfadfinders“ in Rom.

Rom. Auf dem Flughafen del Vittorio landete am Mittwochabend 21.30 Uhr das amerikanische Flugzeug „Pfadfinder“ (Pfadfinder). Die amerikanischen Flieger wurden von der schon seit Stunden wartenden Menge begeistert gefeiert. Die Presse feiert den Flug Amerika—Rom als große Tat. — Bekanntlich mußte das Flugzeug bei Santander in Spanien notlanden, weil der Betriebsstoff zum direkten Flug nach Rom nicht gereicht hatte.

Über das Eismeer nach Amerika.

Zwei schwedische Flieger sind dabei, über das Eismeer in Etappen nach Amerika zu fliegen. Ihr erstes Ziel war Reykjavik auf Island. Von dort sind sie am Mittwoch zum Weiterflug nach Grönland gestartet und erreichten wohlbehalten am Donnerstag Zwigtut an der Südwestspitze von Grönland.

In die Luft geschossene Flugzeuge.

Es ist von dieser Sache wiederholt schon die Rede gewesen, aber da sie in kurzem offiziell erprobt werden soll, verdient sie eine nähere Betrachtung. Die am 16. Juli beginnende Jungfernfahrt des Riesendampfers „Bremen“ bringt dem Flugwesen die Möglichkeit zur Erprobung des „Katapultstartes“ vom Bord eines Schiffes aus. Die „Bremen“ führt nämlich einen Heinkel-Ledder mit, der eilige Postsendungen schon einen Tag vor der Landung des Schiffes in den Hafen bringen soll. Das Flugzeug wird von Bord des Schiffes buchstäblich in die Luft geschossen. Die Katapultvorrichtung besteht, 16 Me-